

Wolfgang Abendroth

2. Mai 1906 bis 15. September 1985

Ein intellektuelles Porträt*

Von Richard Albrecht

„Wolfgang Abendroth wurde am 2. Mai 1906 als Sohn eines Mittelschullehrers in Elberfeld (Wuppertal) geboren. Er besuchte das Realgymnasium Musterschule in Frankfurt am Main und studierte Rechtswissenschaften und Volkswirtschaftslehre an den Universitäten Tübingen, Münster und Frankfurt am Main, wo er 1930 die erste juristische Staatsprüfung ‚vollbefriedigend‘ bestand. Von 1930 bis 1933 arbeitete er als Gerichtsreferendar. Abendroth war als Sohn überzeugter Sozialdemokraten schon früh in der proletarischen Jugendbewegung tätig. Im November 1920 wurde er Mitglied des Kommunistischen Jugendverbandes (KJV), später auch der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD), außerdem schloss er sich der Roten Hilfe an. Zugleich war er im Deutschen Freidenkerverband aktiv und als Mitglied der Bundesleitung des Bundes freier sozialistischer Jugend verantwortlich für die marxistische Erziehung einiger darin zusammengeschlossener Gruppen, die aus der

* Dr. phil. Friedrich-Martin Balzer (Marburg), StD a. D., gab mir freundlicherweise bibliographische Hinweise und übermittelte mir elektronisch einige schwer zugängliche Abendroth-Texte. Dr. rer. soc. W-Ruth Albrecht (Bad Münstereifel) las dieses Manuskript vor Erstpublikation. Die Staatsgerichtshöfe, denen Wolfgang Abendroth angehörte, dem Bremischen 1949/63 und dem Hessischen 1959/63, bat ich um genaue Zeitdaten und Kopien der Urkunden. Dr. jur. Alfred Rinke (Präsident SGH Freie Hansestadt Bremen; o. Prof. an der Universität Bremen) gab mir Hinweise auf die Zusammensetzung und die Konfliktlinien dieses Gerichts 1951-1963. Antworten auf meine Anfragen erhielt ich weder aus Wiesbaden (Hessischer Staatsgerichtshof) noch aus Leipzig (PDS) und aus Rom („Critica Sociale“).

[Editorischer Hinweis: Dieser Beitrag wurde unter dem Titel „...denkt immer an den ‚mittleren Funktionär‘... Wolfgang Abendroth (2. Mai 1906 bis 15. September 1985)“ zum 20. Todestag Wolfgang Abendroths erarbeitet und zur Eröffnung des 4. Jg. des unabhängigen online-Magazins rechtskultur.de am 15. 9. 2005 in <http://de.geocities.com/earchiv21/rechtskulturaktuell.htm> [=rekult4] erstpubliziert. Die zweite Netzveröffentlichung des Grundtextes erfolgte im GRIN Verlag für akademische Texte: <http://www.hausarbeiten.de/faecher/hausarbeit/pox/25995.html>. Eine gekürzte Druckfassung erschien in der Fachzeitschrift: Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung (iwk), 4.2004, 465-487; es gibt auch eine englische Kurzfassung („Summary“): http://en.wikipedia.org/wiki/Wolfgang_Abendroth. - Die Rechte der als Anhang publizierten Erinnerung Wolfgang Abendroths an Rosa Luxemburg (1979) liegen bei Frau Dr. Lisa Abendroth, Frankfurt/Main.]

bürgerlichen Jugendbewegung hervorgegangen waren. Nachdem er aus der KPD ausgeschlossen worden war, weil er den Kurs der KPD und die damit verbundene ‚Sozialfaschismustheorie‘ kritisiert hatte, schloss er sich 1928 der KP-Opposition an.

Nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten wurde Abendroth weitere juristische Arbeit untersagt. Politisch war er ab 1933 in verschiedenen illegalen Organisationen (KP-Opposition, Rote Hilfe, Neu Beginnen usw.) aktiv. 1935 promovierte er summa cum laude mit einer völkerrechtlichen Dissertation an der juristischen Fakultät Bern. Seine Dissertation, ‚Die völkerrechtliche Stellung der B- und C-Mandate‘, wurde Ende 1936 vom Verlag Marcus in Breslau veröffentlicht, jedoch kurz danach von der Gestapo beschlagnahmt. Im Oktober 1936 gelang es ihm, in einem Berliner Bankgeschäft eine Volontärstelle zu erhalten, im Februar 1937 aber wurde er von der Gestapo verhaftet und am 30. November desselben Jahres vom Oberlandesgericht Kassel zu vier Jahren Zuchthaus verurteilt, die er in Luckau verbüßte. Nach seiner Entlassung im Juni 1941 zog Abendroth zu seinen Eltern in Potsdam-Babelsberg und arbeitete zunächst als Revisionsassistent bei einem Wirtschaftstreuhänder und Steuerberater, dann als Wirtschaftsjurist einer Außenhandelsfirma in Berlin. Seine Heirat mit Lisa Hörmeyer, die er unmittelbar nach seiner Entlassung in Marburg an der Lahn kennengelernt hatte, konnte nicht stattfinden, weil er Anfang 1943 als ‚Bewährungssoldat‘ zur Strafdivision 999 eingezogen wurde. In Griechenland eingesetzt, desertierte er 1944 zur griechischen Widerstandsorganisation ELAS und wurde Oktober 1944 als britischer Kriegsgefangener nach Ägypten überführt. Im Gefangenenlager in der ägyptischen Wüste begann er mit politischer Schulungsarbeit, in der Absicht, Kader auszubilden und auf Verwaltungsarbeit vorzubereiten, die nach der Niederlage des Hitler-Regimes in Deutschland bevorstehen würde. Später wurde Abendroth ins Umerziehungslager Wilton Park Training Centre überbracht, wo ‚geeignet erscheinende Kriegsgefangene auf ihre Rückkehr nach Deutschland und die Mitarbeit am Aufbau der Demokratie vorbereitet wurden‘.

Ende November 1946 wurde er aus der Kriegsgefangenschaft entlassen und kehrte zu seinem letzten Wohnsitz in Deutschland, Potsdam, zurück und heiratete noch im gleichem Jahr Lisa Hörmeyer. Er wurde (geheimes) Mitglied der SPD.

Im Januar 1947 wurde Abendroth zum Richter beim Landgericht in Potsdam bestellt, wobei er zugleich in den Dienst des Justizministeriums der Mark Brandenburg eintrat, ab 1. April als Regierungsrat. Nach einer Assessorprüfung wurde er im Sommer 1947 von der Deutschen Justizverwaltung der So-

wjetischen Besatzungszone in Deutschland als Oberjustizrat angestellt. Im September 1947 erfolgte dann die Ernennung zum Dozenten an der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. Ende 1947 wurde er an die Universität Leipzig berufen und mit Wirkung vom 1. April 1948 zum Professor für Völkerrecht ernannt. Er blieb aber nicht lange an der Leipziger Universität, da er schon bald von der Friedrich-Schiller-Universität Jena berufen wurde. Im Oktober desselben Jahres 1948 erfolgte dort die Ernennung zum Professor für öffentliches Recht. Seine Professur in Jena sollte aber ebenfalls nur wenige Monate dauern. Da er immer weniger mit den politischen Entwicklungen in der sowjetischen Besatzungszone einverstanden war, verließ er im Dezember 1948, zusammen mit seiner Frau und seiner Tochter, Jena und zog in den Westen. Von dort schickte er dem Thüringer Minister für Volksbildung eine Rücktrittserklärung. Schon am 21. Dezember 1948 wurde Abendroth zum ordentlichen Professor für öffentliches Recht und Politik an der Hochschule für Arbeit, Politik und Wirtschaft in Wilhelmshaven ernannt, im darauffolgenden Jahr wurde er zum ordentlichen Mitglied des Staatsgerichtshofs des Landes Bremen gewählt. Kaum zwei Jahre nach der Ernennung in Wilhelmshaven schließlich erfolgte, am 15. November 1950, die Ernennung zum Professor für wissenschaftliche Politik an der Philosophischen Fakultät der Philipps-Universität in Marburg. An dieser Universität sollte er bis zu seiner Emeritierung 1972 bleiben. In den Jahren 1959 bis 1963 war er außerdem Mitglied des Staatsgerichtshofs des Landes Hessen.

Zu den wichtigsten Publikationen Abendroths gehören ‚Die deutsche Gewerkschaften‘ (1954), ‚Bürokratischer Verwaltungsstaat und soziale Demokratie‘ (1955), ‚Aufstieg und Krise der deutschen Sozialdemokratie‘ (1964), ‚Sozialgeschichte der europäischen Arbeiterbewegung‘ (1965), ‚Wirtschaft, Gesellschaft und Demokratie in der Bundesrepublik‘ (1965) und ‚Das Grundgesetz. Eine Einführung in seine politischen Probleme‘ (1966). Daneben veröffentlichte er zahlreiche kleinere Beiträge in Sammelbänden, Zeitschriften und Zeitungen.

Abendroth war als Wissenschaftler und wegen seiner politischen Stellungen in der Bundesrepublik immer umstritten, da der Marxismus in den Jahren des ‚kalten Krieges‘ als unvereinbar mit der parlamentarischen Demokratie galt. Für ihn aber waren die rechtsstaatlichen Grundrechte immer eine Voraussetzung für die Realisierung einer sozialistischen Gesellschaft und zugleich konnte er sich den Sozialismus nur im Zusammenhang mit einer Weiterentwicklung der Menschenrechte und der ‚bürgerlichen‘ Freiheiten vorstellen.

len. Wolfgang Abendroth hatte gute Beziehungen zum Sozialistischen Deutschen Studentenbund (SDS), der Studentenorganisation der SPD, auch nachdem der SDS sich zum Marxismus bekannte und die SPD jede Verbindung mit der Studentenorganisation abgebrochen hatte. Daraufhin wurden er und einige andere Professoren vom Parteivorstand aufgefordert, ihre Unterstützung des SDS aufzugeben. Seine Ablehnung bedeutete den Ausschluss aus der SPD im Jahre 1961. Abendroth gehörte dann zu den Gründern des Sozialistischen Bundes, von dessen geschäftsführenden Vorstand er der erste Vorsitzende war. Zusammen mit Ernst Bloch, Ossip Flechtheim und Erich Kästner war er Ende der sechziger Jahre Mitglied des Kuratoriums der Kampagne für Demokratie und Abrüstung - Ostermarsch. Abendroth gilt als einer der wichtigsten Befürworter der studentischen Rebellion der sechziger Jahre, obwohl er nie mit revolutionären Bestrebungen einer (intellektuellen) Minderheit einverstanden war.

Nach seiner Emeritierung lehrte er an der Akademie der Arbeit in Frankfurt am Main.“ - Soweit der Personaleintrag in der unabhängigen Netzenzyklopädie „Wikipedia“¹.

Erinnerung(en)

Bisher habe ich keine Erinnerung an den „Marburger“ Politikwissenschaftler Wolf(gang) Abendroth, der sich eher als wissenschaftlicher Politik(berat)er sah, gefunden, in der nicht persönliche Integrität, außergewöhnlicher Mut, außerordentliche Hilfsbereitschaft und äußerste Bescheidenheit dieser „Ausnahme in der linken Intelligenz“² hervorgehoben wurde: so etwa, als Abendroth 1957 in der Hochzeit des Kalten Krieges in Deutschland als verdammt unfreundlicher Zeuge in einem Prozeß gegen den ehemaligen Gewerkschaftsangestellten und angeblichen „Ostagenten“ Dr. Viktor Agartz vor dem Bundesgerichtshof auftrat und durch seine Zeugenaussage mit zu dessen Freispruch beitrug - was den praktischen Dialektiker Abendroth freilich nicht hinderte, im Sinne kritischer Solidarität *nach* Einstellung des Gerichtsverfahrens den „politisch katastrophalen Fehler“, nämlich eine Zeitschrift „durch den stalinistischen FDGB finanzieren zu lassen“, öffentlich auszusprechen.³ Ähnlich dialektisch und kritisch begründete Abendroth in einem Interview

¹ Siehe: <http://de.wikipedia.org/wiki/Wolfgang.Abendroth> [10.7.2005].

² Jakob Moneta, Ein marxistischer Intellektueller verwurzelt in der Arbeiterbewegung, in: Wolfgang Abendroth. Wissenschaftlicher Politiker. Bio-bibliographische Beiträge. Hrsg. von Friedrich-Martin Balzer, Hans Manfred Bock und Uli Schöler, Opladen 2001 [künftig zitiert: Wissenschaftlicher Politiker], S. 201-211, hier S. 201.

³ Ebd., S. 209.

1976 seinen öffentlichen Aufruf, zur Bundestagswahl die Deutsche Kommunistische Partei (DKP) zu wählen, nicht nur mit der nachhaltig vollzogenen gesellschaftlichen Integration der SPD, sah, als politischer Analytiker, durchaus ihre institutionenpolitische Marginalität, kritisierte schließlich auch ihre kritiklose Befürwortung von Maßnahmen zur Herrschaftssicherung der DDR-Führung - und hielt doch, weil er sich auf die ihm nach wie vor notwendige Entwicklung von Klassenbewußtsein junger Arbeiter, unterer und mittlerer Gewerkschaftsfunktionäre bezog, eine kommunistische politische Partei als praktisch „organisierendes Moment für das Klassenbewußtsein, für das politische Klassenbewußtsein der Arbeiterklasse und der übrigen Randschichten der arbeitenden Bevölkerung in der Bundesrepublik“ für erforderlich - auch wenn er selbst als „Veteran“ der Arbeiterbewegung 1976 dieser politischen Partei als Mitglied nicht angehören wollte. Insofern zeigt auch dieses Interview: „Wolfgang Abendroth war einer der letzten aus jener Generation sozialistischer Wissenschaftler, die den Widerstand gegen das Naziregime überlebten und der Bedrohung durch den Stalinismus der Nachkriegszeit entkamen, ohne ihre einmal erarbeiteten politischen Ideale preiszugeben.“⁴

Unter der Leitfrage: „Was bleibt?“ schrieb Richard Löwenthal in seinem Nachruf 1985: ‚[...] was von ihm bleiben wird. Es ist ein ungleichmäßiges Bild. Das stärkste war und bleibt der Mut und die Integrität, der rastlose Einsatz eines seiner Idee und seinen Gesinnungsfreunden verhafteten Menschen. Das zweite ist wissenschaftliche Leistung, vor allem auf dem Gebiet des politischen Rechts und Verfassungsrechts, und die Leistung eines großen Lehrers [...] Ein drittes [...] war sein Gefühl für die Arbeiterbewegung und ihre Menschen [...]. Das Schwächste an ihm [...] war bei allem Einsatz [...] seine politische Wirkung. Aber ich habe mir sagen lassen, daß so etwas bei uns Intellektuellen vorkommen soll.“⁵

Und in der Tat wurde zehn Jahre nach Abendroths Tod nüchtern bilanziert, daß sein „Einfluß auch zu seinen Lebzeiten lediglich auf sozialistisch orientierte Intellektuelle und Wissenschaftler beschränkt“ blieb.⁶

Der Autor dieser biographischen Skizze konnte noch den „späten“ Abendroth persönlich erfahren, weil er, damals frisch examinierter Sozialwissen-

⁴ Kurt Lenk, Zur politischen Soziologie bei Wolfgang Abendroth, ebd., S. 123-126, hier S. 124.

⁵ Richard Löwenthal, Erinnerungen an Wolfgang Abendroth, ebd., S. 195-200, hier S. 200.

⁶ Norman Paech, Wertewandel oder Strukturveränderung. Wolfgang Abendroths Stellung in der gegenwärtigen Demokratiedebatte, ebd., S. 109-122, hier S. 113 f.

schaftler „Mannheimer“, also empiri(sti)scher Ausprägung, als Gast an seinem letzten Marburger Seminar zum Widerstand gegen den Nationalsozialismus im Wintersemester 1971/72 teilnahm.

In diesem Zusammenhang erinnere ich einen so kundigen wie engagierten Hochschullehrer, der Studenten und Studentinnen motivieren und anleiten konnte, ohne sich ihnen anzubiedern, indem er Leistung(en) einforderte; ich erinnere einen politisch argumentierenden linken deutschen Professor, der in seinem Hauptseminar (damals entsprechend der konkret-historischen Situation) vor abenteuerlichen Linkseskapaden warnte, an den (vorn ihm selbst in subkutaner Revierintonation beschworenen) Sozialtypus des „mittleren Funktionärs“ in Gewerkschaft und Partei erinnerte und der mit bitterer Ironie zu Beginn des neuen Jahres (1972) jeden Seminarteilnehmer darum bat, einen „Druckkostenzuschuß“ von zehn oder zwanzig Pfennigen pro vervielfältigtem Referat zu übernehmen.

Nachdem ich „mein“ Seminarreferat über neuere Tendenzen der Widerstandsforschung gehalten hatte, bat mich Abendroth zum persönlichen Gespräch: Ich erinnere einen scharfgesichtigen Mittsechziger im Maßanzug mit kaum gelockerter Krawatte, schon leicht schwerhörig und mit schweren Augengläsern, der strategisch gezielt fragte und, auf der Ordinariencouch bequem liegend, mir erklärte, daß er, weil seine Entpflichtung als Hochschullehrer anstehe, darum keine Doktoranden mehr annehme; zugleich meinte Abendroth: daß er mit einem seiner Kollegen wegen der Annahme als Doktorand sprechen werde, ich mir also keine Sorgen machen müsse, zumal am Institut ein Tutor für Statistik und Methodenlehre gebraucht würde. Und als ich erwähnte, daß ich vor Jahren, im Sommer 1968, als politischer Referent des AStA der WH Mannheim einmal ihn und den Nationalökonom Werner Hofmann - jeweils vergeblich - einzuladen versuchte, straffte sich Abendroth merklich und lud mich zur Teilnahme an einer Arbeitssitzung ein, auf der ich auch noch den Soziologen Heinz Maus als enzyklopädisch wirkenden Intellektuellen kennenlernen durfte.

Einer der Gründe, weshalb ich dann im Sommer(semester) 1972 kein Tutor in Marburg wurde, war die Mitteilung, daß ich ein Referendariat am 1. April 1972 in Pirmasens im Wasgau beginnen sollte, so daß ich nach Mannheim zurückkehrte. Wenige Tage vor Arbeitsaufnahme wurde ich von der rheinland-pfälzischen Bezirksregierung wieder ausgeladen. Später wurde auch diese Ausbildungsverhinderung entsprechend dem sogenannten Radikalenerlaß vom 28. Januar 1972 Berufsverbot genannt: Auch hier war, historisch-materialistisch gesehen, am Anfang die Tat: „First comes the act and then comes the word: first [the crime] is committed and then the language emerges

to describe a phenomenon.“⁷

Gegen das, was nicht nur so genannt wurde, sondern auch Ausbildungs- und/oder Berufsverbot war, hat sich der 1972 emeritierte Abendroth publizistisch kompromißlos engagiert. Und mehr noch: Soweit es ihm, der wieder in Frankfurt am Main in dem Haus, in dem er aufgewachsen war, lebte und als Gastdozent an der gewerkschaftsorientierten Akademie der Arbeit in Frankfurt am Main tätig war, als nun (Hoch-)Betagtem, meist in Begleitung seiner Gattin, Dr. Lisa Abendroth, möglich war, reiste er auch in „die Provinz“, um aufklärend zu agitieren und als Agitator aufzuklären: so beispielsweise 1979 zu einem Widerstandsvortrag in die Westpfalz nach Kaiserslautern, in das es uns (damals Berufsverbotene) verschlagen hatte.

Methodisches

Biographien sind keine Autobiographien. Sind diese vom Lebenden selbst, so sind jene von anderen über den, der lebt(e), geschrieben worden: „Gegenüber dem, den er aneignet und darstellt, macht sich der Biograf immer schuldig. Und gegenüber seinem lebenden Biografen muß jeder tote Biografend unschuldig bleiben - kann er sich doch diesen weder aussuchen noch unmittelbar beeinflussen. Entsprechend schuldig macht sich jeder Biograf an seinem Objekt, auch wenn er dieses als Subjekt versteht, vorstellt und sich immer wieder an der Leitfrage abarbeitet, wie nämlich der andere ‚zu seiner Zeit mit dem Leben zurecht zu kommen versucht‘ (Werner Mittenzwei). Der Biograf kann sich nicht nur sein Subjekt als Objekt aussuchen, sondern [...] nach seinem eigenen Willen darstellen und nicht selten auch: stilisieren.“⁸

Das gilt auch für eine kleine Form (oft auch Vorform einer „großen“ Biographie) -ein wissenschaftlichen Ansprüchen genügendes Porträt, zumal dann, wenn es um ein intellektuelles Porträt eines (sowohl „akademischen“ wie „proletarischen“) Intellektuellen wie hier geht. Also es geht nicht um das unmittelbare, zuletzt auch eindringlich von ihm selbst 1976 nacherzählte Leben Wolfgang Abendroths. Vielmehr geht es hier um intellektuelle Texte von Wolfgang Abendroth.

Auffällig an den autobiographischen Texten Abendroths, wenn auch (zu) selten angemerkt, eine dreifache Besonderheit, deren tiefenhermeneutische

⁷ Louis Irving Horowitz, *Genocide and State Power*, New Brunswick, N. J., und London 1980, S. 183.

⁸ Richard Albrecht, *Der militante Sozialdemokrat: Carlo Mierendorff 1897 bis 1943. Eine Biographie*. Bonn und Berlin 1987, S. 231

Durchdringung und Deutung⁹ durchaus versucht werden könnte: nämlich zum ersten, daß und warum Abendroth öffentlich über bestimmte persönliche (Destruktions-) Erfahrungen, vor allem die ihm von Gestapoverfolgern und -folterern nach seiner Festnahme zugefügten körperlichen und seelischen Verletzungen und Schmerzen, nicht sprach; zum zweiten Abendroths, was organisationelle Zusammenhänge betrifft, typischerweise vage Hinweise und Angaben, etwa zu seiner selbst noch im Nekrolog von Richard Löwenthal 1985 bestrittenen Zugehörigkeit zur illegalen Neu-Beginnen-Gruppe während des „Dritten Reiches“¹⁰ oder zur Datierung seines SPD-Beitritts 1945/46. Und zum dritten schließlich die besonders in seiner letzten großen Erzählung (1976) auffällige Zurückstellung der eigenen Person und vor allem ihrer motivationalen Handlungsantriebe.

Diese letzte Besonderheit, ja Auffälligkeit objektivierend-intellektueller Darstellung beim eigenen Leben und Werk, die zunächst als Ausdruck des Grundsatzes: für die Arbeiterbewegung (und nicht von ihr) zu leben,¹¹ erscheint, bemerkte schon Abendroths bisher wichtigster (Teil-)Biograph, Uli Schöler: „Die Person tritt in den Hinter-, das Geschehen in den Vordergrund. Auf diesem Wege gehen aber vielfach auch Motivationen verloren, die möglicherweise [...] neue Erklärungskraft besitzen bzw. neue Erkenntnisprozesse in Gang setzen könnten.“¹²

⁹ Vgl. Ulrich Oevermann, Die Methodologie einer „objektiven Hermeneutik“ und ihre allgemeine forschungslogische Bedeutung in den Sozialwissenschaften, in: Interpretative Verfahren in den Sozial- und Textwissenschaften. Hrsg. von Hand-Georg Soeffner, Stuttgart 1979, S. 352-434; ders., Zur Sache. Die Bedeutung von Adornos methodologischem Selbstverständnis für die Begründung einer materialen soziologischen Strukturanalyse, in: Adorno-Konferenz. Hrsg. von Ludwig von Friedeburg und Jürgen Habermas, Frankfurt a.M. 1983, S. 234-289.

¹⁰ Vgl. Richard Löwenthal (Anm. 5), S. 196.

¹¹ Wolfgang Abendroth, Ein Leben in der Arbeiterbewegung. Gespräche. Aufgezeichnet und hrsg. von Barbara Dietrich und Joachim Perels, Frankfurt a. M. 1976, S. 14.

¹² Uli Schöler, Wolfgang Abendroth - Fragen an einen politischen Lebensweg, in: Wissenschaftlicher Politiker, S. 11-46, hier S. 13. Auch Schölers Bewertung von Handlungen seines Biographenden post festum wäre sozialwissenschaftlich-hermeneutisch deutbar: auffällig etwa im Zusammenhang von Abendroths „Flucht aus der DDR“ - gemeint aus der damaligen SBZ, denn als die DDR später, im Oktober 1949, gegründet wurde, war Abendroth schon im Westen - Schölers Hinweis auf dessen „durchaus rationales“ Verhalten (ebd., S. 24), als ob nicht die einfache Wertung zur Kennzeichnung ausgereicht hätte, was methodisch das Füllwort „durchaus“ zum Explanandum macht. Dies um so mehr, weil der Autor im selben Text wenig später am Beispiel des Ausschlusses Abendroths aus der SPD (1961) zeigt, daß er durchaus hermeneutisch-kritisch argumentieren kann, wenn er darüber berichtet, daß „im Parteivorstand der SPD [...] ein mehrere hundert Seiten starkes [gemeint: umfassendes] Dossier“ über Abendroth zusammengestellt wurde, „versehen mit einem Inhaltsverzeichnis, einem Vorwort, ei-

Da bisher - und gelegentlich auch mit voyeuristischem Unterton - Abendroths verschiedene Lebensstationen ausreichend biographisch vermessen wurden, wird in diesem intellektuellen Porträt methodisch anders verfahren: Hier geht es um Abendroth-Texte. Dies durchaus im Wissen um Abendroths politische Zentralerfahrung, nämlich die Niederlage der gesamten deutschen Arbeiterbewegung 1933 und seinen seitdem beharrlichen Versuch, ihre *beiden* Hauptflügel, den jeweils im Selbstverständnis reformistischen (SPD) und den revolutionären (KPD), durch aktive, zwischen beiden vermittelnde Zwischengruppen mit intellektuellen Protagonisten zur wie auch immer begrenzten und/oder punktuellen Zusammenarbeit („Aktionseinheit“) zusammenzuführen und dazu vor allem mittlere Funktionärgruppen in (Einzel-)Gewerkschaften, z. B. Metall, Holz und Druck, anzusprechen und zu mobilisieren. Es ist dies der biographische Hintergrund Abendroths als handelnder Person, deren Integrität wesentlich auf der Einlösung seines eigenen personalen Anspruchs, theoretische („akademische“) Erkenntnis und praktische („proletarische“) Erfahrung zu vermitteln, um so den in der Tat so grundlegenden wie unauflöslichen Widerspruch sowohl (in) der Organisations- als auch der Intellektuellenfrage als Ausdruck des klein zu haltenden Spannungsverhältnisses von subjektiver Menschlichkeit und objektiven Menschheitsinteressen begegnen zu können.

Im nächsten Hauptabschnitt geht es entsprechend Abendroths Hauptanliegen um zwei seiner „politischen“ Texte, die auch intellektuell das ausdrücken könnten, was Hans Manfred Bock als Abendroth-Schüler und -Teilbiograph nicht nur als den Intellektuellen Abendroth, sondern auch als „historisch denkenden Politiker“ vorstellte¹³ - wobei Abendroth entsprechend seiner Überzeugung das „Zusammenfallen von Theorie und Praxis“ in der Politik für möglich hielt und es ihm nicht um beliebige politologische Politikberatung, sondern immer um wissenschaftliche, also rational begründete und hand-

nem Literaturverzeichnis, einem umfangreichen Exzerptteil aus Schriften Abendroths, einem detaillierten Personen- und Sachregister und selbst einem Personenregister für die Exzerpte. [...] Jenseits dieses eher belustigenden Aspekts drückt sich darin [...] ein rationaler Kern aus: Die Akteure in der SPD-Parteiführung gingen erkennbar nicht davon aus, dass sich das Phänomen Abendroth bereits dadurch baldigst erledigen würde, dass hinter der Fassade des zwischenzeitlich zur Sozialdemokratie ‚Konvertierten‘ schon bald wieder der ursprüngliche, lupenreine Kommunist zum Vorschein kommen werde. Mit einem Kommunisten stalinistischer Prägung hätte man sich eine derartige Mühe nicht gemacht“ (ebd., S. 34 f.).

¹³ Hans Manfred Bock, Ein unangepaßter Marxist im Kalten Krieg. Zur Stellung Wolfgang Abendroths in der Intellektuellengeschichte der Bundesrepublik, ebd., S. 216-267, hier S. 250.

lungsbezogene praktische Politik unter humansozialistischer Perspektive ging.¹⁴

Hier interessiert einmal Abendroths unmittelbar nach dem KPD-Verbot 1956 veröffentlichte Kritik des Verbotsurteils und seiner Konsequenzen. Und zum anderen Abendroths eigener „alternativer“ Programmentwurf zum offiziellen Godesberger Programm der SPD, nämlich einer weniger den (seit Robert Michels bekannten) Oligarchisierungstendenzen ausgesetzten, stärker marxistisch orientierten SPD 1959. Im darauf folgenden Hauptabschnitt interessiert dann einmal zunächst die „Zeitdiagnose“ (Karl Mannheim) und „Ortsbestimmung“ (Helmut Schelsky) einer ideologiekritisch-gesamtgesellschaftlichen Analyse des politischen Wissenschaftlers Abendroth und seines Verständnisses von Politikwissenschaft als, so Abendroth 1967, bewußt praxisbezogener politischer Soziologie¹⁵ und zum anderen seine 1979 veröffentlichte „Alten“-Bilanz, die sich auch als subjektbezogener Rückblick aufs eigene dreißigjährige Engagement in der Bundesrepublik Deutschland seit ihrer 1949 erfolgten Gründung lesen läßt. - Die nachfolgend diskutierten vier Abendroth-Texte wurden auch bewußt unter dem Gesichtspunkt des historisch-chronologischen Fortschreitens, hier von 1956 bis 1979, ausgewählt.

Daß auch diese Auswahl wie überhaupt eine jede Selektion andere, keineswegs unwesentliche Seiten, Aspekte und Texte Wolfgang Abendroths ausblendet, ist so augenscheinlich wie unbestritten: vor allem Abendroths an Hermann Heller (1930) angelehnte besondere und wirksame Interpretation vom Staatscharakter der Bundesrepublik Deutschland als „demokratischer und sozialer Rechtsstaat“¹⁶ geht über die Ambivalenzthese hinaus und hält Entwicklungspfade zur „sozialistischen Demokratie“ offen. Insofern drückt auch Abendroths zuerst 1954 veröffentlichter Beitrag aus, was ihn seit seinem Eintritt in die organisierte Arbeiterbewegung in Deutschland zu Beginn der zwanziger Jahre bewegte und was der sozialdemokratische Intellektuelle Carlo Mierendorff zuerst 1922 und, solange das noch möglich war, beständig bis Anfang 1933 als Interesse der Arbeiterklasse an einer „sozialen, demokratischen Republik“ so ausdrückte:

„Nur in der Demokratie kann sich die *Massenkraft der organisierten Arbeiterschaft*

¹⁴ Vgl. Hans Heinz Holz, Über das Besondere von wissenschaftlicher Politik, in: *Topos. Internationale Beiträge zur dialektischen Theorie*, Jg. 17 (2001), S. 13 1-136, hier S. 136.

¹⁵ Wolfgang Abendroth, Antagonistische Gesellschaft und politische Demokratie. Aufsätze zur politischen Soziologie, Neuwied und Berlin 1967 [künftig zitiert: Antagonistische Gesellschaft], S. 9-13.

¹⁶ Ebd., S. 109-138.

wirtschaftlich und politisch frei *entfalten* und dadurch den *Kapitalismus* [...] *überwinden*. Die Arbeiterklasse hat daher ein *Lebensinteresse* [...] an dem planmäßigen *Ausbau des deutschen Staates* zu einer *sozialen, demokratischen Republik*.^{d7}

„[...] lieber im Dritten Reich ins Zuchthaus als in die Emigration [...]“
Ein Leben in der deutschen Arbeiterbewegung

Anstatt erneut Wolfgang Abendroths grundlegende, sowohl den klassenbezogenen Kompromißcharakter als auch die Offenheit der Eigentumsfrage herausarbeitende Verfassungsrechtsinterpretation des Grundgesetzes nachzuzeichnen,¹⁸ soll hier der im Sammelband „Antagonistische Gesellschaft und politische Demokratie“ (1967) nächstfolgend wiederveröffentlichte Text des „Verfassungsrechtlers“ zum „Problem der richterlichen Interpretation von Rechtsgrundsätzen der Verfassung im demokratischen Staat“ am Beispiel des KPD-Verbots 1956 besprochen werden.¹⁹ Insofern wird Abendroths auf ein „Minimum an sozialer Gerechtigkeit“ bezogene Deutung des Grundgesetzartikels 20 (I), dem zufolge die Bundesrepublik Deutschland ein „demokratischer und sozialer Rechtsstaat“ sei und diese Bestimmung durch die „Ewigkeitsgarantie“ der Verfassung nicht aufgehoben werden dürfe, ebenso wie die von Abendroth entsprechend Art. 15 GG betonte Möglichkeit der „Vergesellschaftung“ von „Grund und Boden, Naturschätzen und Produktionsmittel“ durch ihre „Überführung in Gemeineigentum“²⁰ vorausgesetzt, aber, obgleich meines Erachtens dringlich geboten,²¹ hier nicht unter dem Aspekt von Rechtsstaatsideologie unterfütternden „Sozialstaatsillusionen“ diskutiert.

In den bundesdeutschen fünfziger Jahren war Abendroth „loyaler Sozialde-

¹⁷ Carlo Mierendorff, *Arisches Kaiserreich oder Judenrepublik*, Berlin [1922], S. 15; vgl. auch die annotierte Neuherausgabe durch Richard Albrecht, in: *IWK*, Jg. 40 (2004), H. 3, S. 321-337, hier S. 337.

¹⁸ *Antagonistische Gesellschaft*, S. 109-138; ders. und Barbara Dietrich, Chancen des Grundgesetzes, in: *Alternativen der Opposition*. Hrsg. von Friedrich Hitzer und Reinhard Opitz, Köln 1969, S. 87-104; Wolfgang Abendroth, Über die Bedeutung des Artikels 139 GO. Das Faschismus-Verbot des Grundgesetzes, in: ders. u.a., *Antifaschistische Politik heute* [...], Frankfurt a.M. 1975, S. 39-51; vgl. auch Peter Römer, Demokratie als inhaltliches Prinzip der gesamten Gesellschaft. Wolfgang Abendroths Beitrag zur Verteidigung demokratischer Positionen in der Bundesrepublik Deutschland, in: *Wissenschaftlicher Politiker*, S. 49-72; ders., Geltung und Wirksamkeit verfassungsrechtlicher Normen. Nach fünfzig Jahren: Wolfgang Abendroths Sozialstaatsinterpretation, in: *Z. Zeitschrift marxistische Erneuerung*, Jg. 15 (2004), H. 58, S. 8-29.

¹⁹ *Antagonistische Gesellschaft*, S. 139-174.

²⁰ Peter Römer, Geltung und Wirksamkeit verfassungsrechtlicher Normen (Anm. 18), S. 16 f.

²¹ Siehe auch Richard Albrecht, *StaatsRache. Justiz-kritische Beiträge gegen die Dummheit im deutschen Recht(ssystem)*, München 2005.

mokrat und Hochschullehrer“, der sich auch fachpolitisch, z. B. als Politikwissenschaftler und Staatsrechtslehrer, in den entsprechenden Fachverbänden engagierte. In diesen Jahren erwarb Abendroth seine fachliche Reputation und begründete seinen Status als sich zur Arbeiterbewegung zurechnender Intellektueller auch trotz „fortgesetzter Marginalisierung“²² in einem „erdrückenden und dem McCarthy-System in den USA durchaus vergleichbaren“ gesellschaftlichen „Klima“.²³ In diesen „kalten Zeiten“ (Christian Geissler)²⁴ wird Abendroth denn auch als loyales SPD-Mitglied ehrenamtlicher Verfassungsrichter an den hessischen und bremischen Staatsgerichtshöfen (1949-1963 bzw. 1959-1963). Und doch engagierte sich Abendroth als Staatsrechtler aus Überzeugung gegen das fünf Jahre nach Verbotsantrag (1951) vom Bundesverfassungsgericht ausgesprochene „formelle Verbot der KPD“ (1956) im vollen Bewußtsein, daß dieses die Kommunistische Partei Deutschlands als „Organisation traf, die zu den Arbeitermassen keinerlei Verbindung mehr hatte und im großen und ganzen nur noch fiktiv bestand“.²⁵ Das Verbot der KPD sah Abendroth ähnlich wie die „austromarxistische“ Sozialpsychologin Marie Jahoda in ihren kritischen Hinweisen zum angstverbreitenden Zwangskonformismus der Unterdrückungspolitik jenes US-„Senator[s] Amok“ (Gerhart Eisler) der Jahre 1952 bis 1959²⁶ in nachhaltigen, die gesamte demokrati-

²² Hans Manfred Bock, Ein unangepaßter Marxist im Kalten Krieg (Anm. 13), S. 227-229.

²³ Wolfgang Abendroth, Ein Leben in der Arbeiterbewegung (Anm. 11), S. 216.

²⁴ In der Rückschau erinnerte Wolfgang Abendroth, Haben wir „Alten“ noch etwas zu sagen? Sind wir „zornig“? In: Die zornigen alten Männer. Hrsg. von Axel Eggebrecht, Reinbek bei Hamburg 1979, S. 143-164, als 73jähriger und ohne jede Altersharmonisierungstendenz diese Jahre so: „Die wenigen Gegner des Dritten Reiches und seiner NSDAP, die an die Hochschulen als Lehrer gelangt waren, konnte man vor der Studentenbewegung in ganz Westdeutschland und West-Berlin an wenigen Händen abzählen. Wer nicht in die NSDAP gelangt war, hatte in dubio sein Studium erst nach 1945 begonnen. Die wenigen Hitler-Feinde (ob sie aus der Emigration, ob sie aus innerdeutschen Widerstandsgruppen kamen), die (meist noch vor der Konstituierung der Bundesrepublik und dem vollen Triumph der Restauration) mehr oder minder zufällig (systematische Versuche, die nach 1933 emigrierten deutschen Gelehrten zurückzugewinnen, hat es bekanntlich kaum gegeben) Lehrstühle erhalten hatten oder [...] - in der kurzen Zwischenperiode nach 1945 bis zur Zeit der restaurativen neuen Gleichschaltung des Denkens zu kritischen Fragestellungen gekommen Waren, waren in ihren Fakultäten meist isoliert und machtlos. Sie hatten im wesentlichen nach Meinung ihrer Kollegen nur die Funktion, gleichsam als Visitenkarte angeblicher ‚Freiheit wissenschaftlicher Diskussion‘ gegenüber der ausländischen wissenschaftlichen Welt zu dienen.“

²⁵ Antagonistische Gesellschaft, S. 385.

²⁶ Vgl. Marie Jahoda, Sozialpsychologie der Politik und Kultur. Ausgewählte Schriften. Hrsg. und eingel. von Christian Fleck, Graz und Wien 1994.

sche und sozialistische Linke zersetzenden (Straf-)Verfolgungsmaßnahmen des „repressiven Staatsapparats“ (Louis Althusser) einerseits und andererseits in der Blockierung inner-sozialistisch notwendiger Kritik an Stalinisten im allgemeinen und der „katastrophalen Politik der Ulbricht-Gruppe“ im besonderen.²⁷

Wolfgang Abendroths Aufsatz „Das KPD-Verbotsurteil des Bundesverfassungsgerichts. Ein Beitrag zum Problem der richterlichen Interpretation von Rechtsgrundsätzen der Verfassung im demokratischen Staat“ wurde Anfang 1957 abgeschlossen und erschien zuerst in der „Zeitschrift für Politik“.²⁸ In seiner „Urteilsschelte“ kritisiert Abendroth vor allem die Verbotsbegründung politisch und die Berufsrichter des Bundesverfassungsgericht erstens als Protagonisten einer dummdutschen Ideologie der Ideologielosigkeit, die sich nicht scheuten, durch ihren Verbotsentscheid vom 17. August 1956 sowohl die KPD auf eine Stufe mit der bereits am 3. Oktober 1952 verbotenen Sozialistischen Deutschen Reichspartei (SRP) zu stellen als auch zweitens entsprechend ihrer verblendeten Mittelstandsideologie²⁹ jedes Bekenntnis zu einer ihnen unverständlichen „wissenschaftlichen Lehre“ (nämlich der „Theorie des Marxismus-Leninismus“) für verfassungswidrig zu erklären.³⁰ Drittens betont der politisch argumentierende Staatsrechtler Abendroth, daß die KPD-Verbotsurteilsbegründung sowohl weitere Renazifizierung ideologisch rechtfertigt als auch ermutigt, gegen den „Staatsfeind Nr. 1“ nun erneut das praktisch anzuwenden, was im „Dritten Reich“ schon gegen die KPD ausgiebig praktiziert wurde.³¹ Viertens weist Abendroth nach, daß „hier erneut Fachjuristen zu Fehl Aussagen gelangen, wenn sie glauben, ohne spezielle sozialgeschichtliche und sozialwissenschaftliche Analyse einen Tatbestand, der seiner Natur nach politisch ist, beurteilen zu können“.³² Denn das KPD-Verbot 1956

²⁷ Uli Schöler (Anm. 12), S. 36 f.

²⁸ Jg. 3 (1956), H. 4, S. 305-327.

²⁹ Vgl. jetzt engagiert und aktuell Richard Albrecht, StaatsRache (Anm. 21).

³⁰ Antagonistische Gesellschaft, S. 139-174. - Beide Verbotsurteile in: Deutschland-Dokumentation 1945-2004 [Elektronische Ressource]. D-Dok. Politik, Recht, Wirtschaft und Soziales. Hrsg. von Hans Georg Lehmann, Bonn 2004.

³¹ Antagonistische Gesellschaft, S. 140-141. - Ernst Bloch, Zum Verbot der KPD in der BRD, in: *Aufbau*, Jg. 12 (1956), S. 754 (wieder in: Vaters Land und Mutters Erde. Hrsg. von Klaus Wagenbach, Berlin 1979, S. 6i), sprach in seiner öffentlichen Erklärung zum KPD-Verbot von der „Schwelle zu einem anderen 1933“.

³² Antagonistische Gesellschaft, S. 158. - Wie seit Ende der 1960er Jahre anhand sozialwissenschaftlich orientierter Zeitgeschichtsschreibung, die sich als „Sozialgeschichte“ selbst versteht, nachweisbar, gilt, ausweislich von Veröffentlichungen sowohl der Mommsen-Brüder als auch eines dritten sozialdemokratischen Kernideologen, der Umkehrschluß auch nicht. So kommt Heinrich August Winklers mehrbändige Darstel-

war, so Abendroths Kernargument, ebensowenig politisch notwendig wie der Verbotsantrag 1951 in der öffentlichen Meinung berechtigt war.³³ Und über die „ernste Gefahr, daß die Bindung der politischen Parteien an die freiheitliche demokratische Grundordnung zur Unterdrückung mißliebiger Parteien ausgenutzt werde und sich daher selbst im Sinne einer Gefährdung des demokratischen Staatsgedankens auswirken könne“,³⁴ führt Abendroth grundlegend zum Grundgesetz als demokratischer Verfassung so allgemein wie zutreffend aus: „Das Grundgesetz will - wie Art. 20 ausweist - eine demokratische Verfassungsordnung geben. In einer Demokratie gehen aber Verfassungsgrundentscheidungen vom Volk und nicht vom Juristenstande aus. Deshalb sind Verfassungsgerichte nicht legitimiert, die Verfassung durch ‚Entfaltung‘ inhaltlich zu ändern. Sie haben das bestehende Normensystem zu respektieren, soweit es nicht eindeutig mit Verfassungsnormen kollidiert. Sie dürfen auch nicht unternehmen, den Spielraum zur Entfaltung des politischen Lebens und der Rechtsentwicklung, der durch den weiten Rahmen von bloßen Verfassungsgrundsätzen geboten wird, durch ihre eigene subjektive Wertung einzuschränken und diese Verfassungsgrundsätze zu ‚konkretisieren‘. Es ist vielmehr das Wesen derartiger Verfassungsgrundsätze, einerseits ein durchaus

lung (1984 ff.) über „Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik“ ohne Primärliteratur aus; Wolfgang J. Mommsens Darstellung des Ersten Weltkriegs (Der Erste Weltkrieg. Anfang vom Ende des bürgerlichen Zeitalters, Frankfurt a. M. 2004) erwähnt nicht einmal den ersten Völkermord des 20. Jahrhunderts im Osmanischen Reich, den Genozid an den Armeniern. Und „grand old historian“ (*Süddeutsche Zeitung* vom 24. Januar 1995, S. 14) Hans Mommsen präsentiert uns in seiner Darstellung Ferdinand Lassalles (Sowjetsystem und demokratische Gesellschaft, Freiburg i. Br. 1969, Bd. 3, S. 1332-1373) denselben Text einmal als kommunistisch (nämlich Karl Friedrich Brockschmidts Frankfurter Dissertation von 1929/30) und einmal als nichtkommunistisch (nämlich die unter [s]einem Pseudonym erschienene Buchausgabe von 1931; 2. Aufl. 1975). Daraus folgt, daß Hans Mommsen (S. 1371 f.) weder die beiden Texte noch relevante wissenschaftliche Sekundärliteratur kannte. Erich Matthias, Kautsky und der Kautskyanismus. Die Funktion der Ideologie in der deutschen Sozialdemokratie vor dem ersten Weltkrieg, in: *Marxismus-Studien*. Hrsg. von Iring Fetscher, 2. Folge, Tübingen 1957, S. 151-197, vermerkte bereits, hier S. 155, daß es sich um ein und denselben Text und Autor handelt. Auch der historisch arbeitende politische Wissenschaftler Abendroth bezog sich mehrfach auf die Studie des Karl-Korsch-„Schülers“ bzw. „Korschisten“ Brockschmidt; siehe *Antagonistische Gesellschaft*, S. 367, 372; ders., *Aufstieg und Krise der deutschen Sozialdemokratie. Das Problem der Zweckentfremdung einer politischen Partei durch die Anpassungstendenzen von Institutionen an vorgegebene Machtverhältnisse*, Frankfurt a.M. 1964, S. 143 f., Anm. 62; dort der richtige Hinweis: „K.-F. Brockschmidt [Kurt Brandis]. Die deutsche Sozialdemokratie bis zum Fall des Sozialistengesetzes, Diss. phil., Frankfurt a. M. [bzw. Leipzig 1931]“.

³³ *Antagonistische Gesellschaft*, S. 139, 141.

³⁴ *Ebd.*, S.169.

konkret bestimmbares Minimum an unmittelbar anwendbarem Inhalt zu bieten, andererseits aber vor allem einen breiten Raum zu lassen, dessen Ausfüllung den politischen Kräften - nicht aber den Gerichten - vorbehalten bleibt, die durch die Verfassungsordnung zur Mitwirkung berufen werden.“³⁵

Wolfgang Abendroth hat seinen alternativen „Programmmentwurf 1959“ im Haupttitel „Aufgaben und Ziele der deutschen Sozialdemokratie“ genannt.³⁶ Der bewußt knapp und verständlich angelegte Text wurde als Diskussionsbeitrag in der SPD vor dem Godesberger Parteitag veröffentlicht und ist im Selbstverständnis eine marxistisch bestimmte Gegenposition, die einerseits aus allgemeinen sozialistischen Zielen heraus und allgemeiner Lageanalyse damaliger kapitalistischer Entwicklung konkrete Aufgaben der SPD zu Beginn der sechziger Jahre in der Bundesrepublik Deutschland entwickelt und die Diskussionen um Aufgaben und Ziele immer auch als Bestandteil von (als Erziehung verstandener) Bewußtseinsentwicklung der Handelnden begreift.

Ausgehend von dem, was später bündig „Monopolkapitalismus“ genannt wurde, verweist der Autor im Rahmenteil³⁷ auf Monopolisierung von Produktionsmitteln, gesteigerte menschliche Arbeitsproduktivität und ihre privaterwerbswirtschaftliche Aneignung durch gesellschaftliche Minderheiten. Zugleich verweist Abendroth schon auf die zunehmende Rolle des bürgerlichen Staates durch „Verschmelzung der Staatsgewalt“ mit finanzkapitalistischen Interessen besonders im Bereich kriegsvorbreitender Rüstungsökonomie(n). Dieser einleitenden traditionellen marxistischen Interessenstruktur- und Entwicklungsrichtungsanalyse folgen vier etwa gleichlange Abschnitte:

„Staat und Recht“,³⁸ „Wirtschaft und Sozialpolitik“,³⁹ „Kulturpolitik“⁴⁰ und „Außenpolitik“⁴¹. Auffällig dabei, daß erstens „Außenpolitik“ sowohl der letzte als auch letztlich der kürzeste Abschnitt ist, daß zweitens der erste Hauptabschnitt „Staat und Recht“ noch vor „Wirtschaft und Sozialpolitik“ steht und daß drittens der diesem folgende Abschnitt „Kulturpolitik“ nahezu gleichlang wie dieser ist; er behandelt Bildung, Schule, schulische Erziehung, Studium, Lehrerausbildung, Wissenschaft und Forschung, Sozialwissenschaft-

³⁵ Ebd., S. 171.

³⁶ Ebd., S. 407-428 vgl. Alternativentwurf von Wolfgang Abendroth zum Godesberger Programm der SPD, in: Partei der Arbeitnehmerklasse oder Volkspartei. Mit einer Einführung von Ekkehard Lieberam und Herbert Münchow, Leipzig 2000.

³⁷ Antagonistische Gesellschaft, S. 407-411.

³⁸ Ebd., S. 411-416.

³⁹ Ebd., S. 416-420.

⁴⁰ Ebd., S. 420-425.

⁴¹ Ebd., S. 425-428.

ten, Wissenschaftsfreiheit, Presse, Zeitschriften- und Volksbildungswesen und fordert auch „die konsequente Trennung von Staat und Kirche“ und das individuelle „Recht auf Bildung zur Voraussetzung der Steigerung des kulturellen und auch des ökonomischen Niveaus des Volkes“.⁴²

Im den Abschnitt „Außenpolitik“ beendenden programmatischen Ausblick heißt es abschließend: „Für die Sozialdemokratie bilden [...] Außenpolitik und Innenpolitik, Wirtschaftspolitik, Sozialpolitik und Kulturpolitik eine untrennbare Einheit. Sie erzieht durch ihren politischen Kampf die Arbeitnehmer, deren politische Partei sie ist, zur Erkenntnis ihrer Interessen. Indem sie diese Interessen bewußt macht, vertritt sie auch die Lebensansprüche aller anderen Schichten des Volkes, die unter der Aufrechterhaltung der kapitalistischen Ausbeutung leiden. Indem sie für eine sozialistische Gesellschaft, für die Aufhebung der Klassen ringt, zeigt sie der durch den Atomkrieg bedrohten Welt die einzige Alternative zum drohenden Untergang der zivilisierten Menschheit in die Barbarei: die internationale Solidarität der arbeitenden Bevölkerung beim gemeinsamen Aufbau einer friedlichen Welt des Wohlstands aller Völker.“⁴³

Der nun 53jährige Programmautor Wolfgang Abendroth, damals im SPD-Parteiargon als „Abendröte“ verspottet, wurde 1959 (wie gut fünfzig Jahre vor ihm Robert Michels in Marburg) nicht einmal zum Parteitagsdelegierten gewählt. Es mag sein, daß das mehrheitlich angenommene Godesberger Programm der SPD mit der volksparteiiehen Ausrichtung - „weit rechts vom Ahlener Programm der CDU von 1947“ - „zu einer tiefen inneren Abwendung Abendroths von der SPD“ führte.⁴⁴ Wie Uli Schöler jedoch selbst durch bisher unveröffentlichte Texte und Briefe, in denen Abendroth (1959/61) auch sozialpsychologisch zugunsten „der jungen Genossen“ und ihrer politischen „Fehler“ argumentiert, belegen konnte,⁴⁵ erfolgte Abendroths mit neostalinistischen Methoden betriebener Parteiausschluß aus einer SPD, in der er anderthalb Jahrzehnte lang aktiv und loyal politisch arbeitete, erst im November 1961.

„Nach der Annahme des Godesberger Programms (1959) und nach der Rücknahme des Deutschlandplans der SPD durch die Rede Herbert Wehners im Bundestag vom Juni 1960 konnte für Wolfgang Abendroth kein Zweifel mehr bestehen, daß seine Hoffnung bei Eintritt in die SPD, diese Partei kön-

⁴² Ebd., S. 424.

⁴³ Ebd., S.428.

⁴⁴ Uli Schöler (Anm. 12), S. 29.

⁴⁵ Ebd., S. 30-35.

ne sich zur marxistischen, demokratisch sozialistischen Massenpartei entwickeln, nunmehr gegenstandslos geworden war. Vor diesem politischen und intellektuellen Erfahrungshintergrund ist die Aussage Abendroths zu interpretieren, daß ihn der Ausschluß aus der Partei nicht sonderlich getroffen habe. [...] Er hatte sich in den Jahren seiner SPD-Zugehörigkeit in immenser und loyaler Arbeit den Status eines Mannes erworben, dessen Wort und Urteil auch während der anschließenden Periode der politischen Marginalisierung in der Öffentlichkeit Gehör fand. Seine Auffassung von der Rolle des Intellektuellen in der Arbeiterbewegung war durch den SPD-Ausschluß nicht erschüttert, weil er seit seiner Jugend sicher war, daß die aus den ökonomischen Kämpfen geschöpfte Regenerationskraft der Arbeiterbewegung größer war als die Weisheit ihrer Organisationsspitzen.⁴⁶

*„[...] und lesen Sie Franz Neumanns ‚Behemoth‘, bevor er deutsch übersetzt ist“
Der politische Wissenschaftler Wolfgang Abendroth*

Auf den ersten Blick erscheint Wolfgang Abendroths im Rückbezug auf das traumatische Jahr 1933 und dessen Folgen bezogene „Bilanz der sozialistischen Idee in der Bundesrepublik Deutschland“⁴⁷ aus linkssozialistischer Sicht bedrückend: „[...] diese Bilanz [müsse] auch anzeigen [...], daß gegenwärtig [1962] das sozialistische Denken in der Bundesrepublik auf kleine Gruppen von Resten der alten Arbeiterbewegung, von Intellektuellen und Jugendlichen beschränkt, von der Arbeitnehmerbewegung wie der Gesamtgesellschaft isoliert ist und also der Gefahr sektenhaften Verkümmerns ausgesetzt zu sein scheint.“⁴⁸ Insofern wird, „äußerlich gesehen“, „die Entwicklung in der Bundesrepublik [...] zu jener Situation zurückkehren, von der diese Betrachtung der Entwicklung der sozialistischen Ideen in Westdeutschland ihren Ausgang genommen hat: Vor 1945 gab es keinen Einfluß sozialistischen Denkens auf große gesellschaftliche Organisationen [...]. Der Aufschwung sozialistischen

⁴⁶ Hans Manfred Bock, Ein unangepaßter Marxist im Kalten Krieg (Anm. 13), S. 234. - Wolfgang Abendroths Gleichgültigkeit gegenüber seinem SPD-Ausschluß könnte auch von der moralischen Persönlichkeit her sozialpsychologisch gedeutet werden: Nach der „Keine-Experimente“-Bundestagswahl 1957 mit der erstmaligen absoluten CDU-Bundestagsmehrheit wurde Abendroth 1959 als SPD-Kandidat ehrenamtlicher hessischer Verfassungsrichter. In diesem Zusammenhang mag ihm die Substanz des von ihm zunehmend als konformistisch, unerträglich und eklig empfundenen gesellschaftlichen Restaurationsklimas noch stärker bewußt worden sein. Diesem wollte er sich weder subjektiv anpassen noch von diesem objektiv vereinnahmt werden. Wie konformistisch angepaßt er nach außen wirkte, könnte er durch Selbstbeobachtung bemerkt und von daher die Gefahr, auch innerlich zu „verbürgerlichen“, selbst erkannt haben.

⁴⁷ Antagonistische Gesellschaft, S. 429-462.

⁴⁸ Ebd., S. 460 f.

Denkens nach 1945 ist überwunden; sozialistisches Denken ist abermals in kleine Zirkel zurückgeworfen, die keinerlei größere gesellschaftliche Einflußmöglichkeiten besitzen und aus der Diskussion der offiziellen Presse und aus den öffentlichen Auseinandersetzungen der Machtträger in der Gesellschaft ausgeschlossen sind. Waren diese Zirkel damals (zwischen 1933 und 1945) illegal, so sind sie nunmehr irrelevant geworden: Es bedarf keiner Zuchthäuser und KZs zur Ausschaltung der sozialistischen Ideen, wenn größere sozialistische - sei es theoretische, sei es politische - Zeitschriften oder Zeitungen ohnedies weder existieren noch aufgebaut werden können, weil kein leistungsfähiger Verleger ihre Existenz ermöglichen würde.⁴⁹

Diese bittere Bilanz erinnert in einigen Facetten an die Vorrede zur „Dialektik der Aufklärung“ der von Abendroth teilweise und zeitweilig verachteten „Frankfurtisten“ (Bertolt Brecht). In dieser brachten Theodor W. Adorno und Max Horkheimer ihre damaligen Erfahrungen mit dem mächtigen US-Kulturapparat 1944 so auf den Punkt:

Der Produktionsprozeß literarischer Texte als solcher überböte „an Gründlichkeit noch jede Zensur“.⁵⁰

Abendroths Text⁵¹ verwies nämlich zunächst sowohl auf breite gesellschaftliche Bedeutsamkeit als auch auf politische Anerkennung jener „Synthese humanitär-demokratischer politischer und sozialistischer gesellschaftlicher Umgestaltung“,⁵² die auch funktional als „Verbindung von demokratischer Staatsform und sozialistischer Wirtschaftsordnung als Brücke zwischen Ost und West“ in Form eines „dritten“ Weges zwischen privatkapitalistisch organisier-

⁴⁹ Ebd., S. 455 f.

⁵⁰ Theodor W. Adorno und Max Horkheimer. *Dialektik der Aufklärung*. Philosophische Fragmente, Amsterdam 1947, S. 5-12; vgl. auch C. Wright Mills, *The Cultural Apparatus*, in: *Power, Politics and People. The Collected Essays of C. Wright Mills*. Hrsg. und mit einer Einl. von Louis Horowitz, New York 1963, S. 405-422.

⁵¹ Erstveröffentlichung in: *Bestandsaufnahme. Eine deutsche Bilanz 1962*. Hrsg. von Hans Werner Richter, München 1962, S. 233-263; die sogleich erfolgte italienische Publikation unter dem Titel: *Bilancio del idea socialista nella Germania federale*, in: *Problemi del Socialismo. Rivista bimestrale*. Hrsg. von Lelio Basso, Milano 1962, H. 5, S. 377-393, H. 6, S. 5 10-521. ist nicht zu verwechseln mit dem zeitgleich und, soweit bekannt, bisher nur italienisch erschienenen Essay: *La sinistra socialista in Germania*, in: *Critica Sociale*, Jg. 54(1962), H. 10, S. 245-247. - Wenn letztverwiesener Beitrag aber ein so wichtiger Abendroth-Text ist, weil er „drastisch offen über Grundprobleme der deutschen Linken außerhalb der Sozialdemokratie handelt“ (Uli Schöler [Anm. 12], S. 35 f.) hätte er dann nicht endlich einmal (und wenn möglich auch zweisprachig) publiziert werden müssen?

⁵² *Antagonistische Gesellschaft*, S. 449.

ter Erwerbs- und staatlich organisierter Kommandowirtschaft wirken sollte.⁵³

Indem Abendroth zunächst wesentliche Strömungen unmittelbar nach der militärischen Niederlage des Nationalsozialismus 1945/47 nachzeichnete - etwa der jungen Generation um die Zeitschrift „Der Ruf“ oder linkskatholischer Intellektueller und Publizisten um die „Frankfurter Hefte“, zunächst auch innerhalb der beiden großen politischen Parteien CDU und SPD mit „Sozialismus als Tagesaufgabe“ (Kurt Schumacher), schließlich auch gewerkschaftlicher Programmatik „eindeutig unter dem Vorzeichen sozialistischen Denkens“⁵⁴ -, erinnerte er an diese (kurze) „Periode der sozialistischen Renaissance nach 1945“ auch in den Westzonen bzw. der späteren Bundesrepublik⁵⁵ - jedoch mit „versäumter Evolution zur sozialistischen Demokratie“.⁵⁶ Und „so gibt es - spätestens seit dem Godesberger Parteitag der SPD - [...] keine politische Partei mehr, die sich programmatisch zu sozialistischem Denken bekennt, wenn man das Wort Sozialismus in dem Sinne versteht, wie es in Deutschland und in der Welt vor 1933 und abermals von 1945 bis zum Sieg der Restauration in der Bundesrepublik verstanden wurde“.⁵⁷ Entscheidend am „erneute[n] Sieg des Denkens der herrschenden Klassen der Bundesrepublik über die Ideen des Sozialismus, über die Anfänge eines neuen gesellschaftlichen und politischen Selbstbewußtseins der Unterklassen, die nach dem so deutlich sichtbaren Bankrott der barbarischen Politik dieser herrschenden Klassen 1945 emporzuschießen schienen, auch in den bürokratisch geführten Organisationen der Arbeitnehmer selbst war [...] offensichtlich nur deshalb möglich, weil die Wiederherstellung des alten ökonomisch-sozialen Machtgefüges in der westdeutschen Gesellschaft dank der Förderung durch die USA so rasch gelang, dann eine langandauernde wirtschaftliche Hochkonjunktur nutzen konnte und einer tiefgehenden Restauration des früheren administrativen und militärischen Apparats und seiner sozialen Träger parallel lief“.⁵⁸

Diese „postfaschistische Restaurationssituation“ als Ausdruck der „provinziellen Isolierung“ der (west)deutschen Gesellschaft „vom Denken der übrigen Welt und des übrigen Europa“⁵⁹ erscheint dem dialektisch denkenden und auf

⁵³ Ebd., S. 437; vgl. Hans Manfred Bock, Ein unangepaßter Marxist im Kalten Krieg (Anm. 13), S. 230.

⁵⁴ Antagonistische Gesellschaft, S. 445.

⁵⁵ Ebd., S. 450.

⁵⁶ Ebd., S.449.

⁵⁷ Ebd., S.452.

⁵⁸ Ebd., S. 459.

⁵⁹ Ebd., S.461.

historische Analogien verweisenden Autor nicht nur als intellektuelle und politische Depressionslandschaft: „Gelingt es den versprengten Intellektuellen, den überlebenden Köpfen der alten Arbeiterbewegung und der kritischen Jugend, die dies [sozialistische] Denken wieder lebendig machen will, ein geistiges Zentrum zu gemeinsamem Denken, zu gemeinsamer Analyse der gesellschaftlichen und politischen Situation der Bundesrepublik zu schaffen, so besteht wenig Grund, daran zu zweifeln, daß die gegenwärtige Ausschaltung sozialistischen Denkens in Deutschland genauso überwindbar sein wird wie seine Ausschaltung zwischen 1933 und 1945.“⁶⁰

Im vorstehend referierten Text Wolfgang Abendroths findet sich auch eine kurze Passage, die als Selbstkennzeichnung Abendroths als einer „der wenigen sozialistischen Gelehrten, die das Dritte Reich überlebt haben und der stalinistischen Diktatur jenseits der Elbe entkommen konnten, ohne geistig zu zerbrechen“,⁶¹ gelten kann - eine Formulierung, die sich schon bei Friedrich-Martin Balzer 1966 im Aprilheft der SDS-Theoriezeitschrift „neue kritik“⁶² findet.⁶³

Fünfzehn Jahre später, 1979, hat Abendroth in einem seiner „subjektivsten“ Texte noch einmal, als „zorniger Alter“ darum gebeten, eine „Bilanz“ - nun auch facettenhaft seines Lebens - versucht und dabei bekannt, daß ihm als damals Dreiundsiebzehnjährigem „das Zuchthaus zu sehr in den Knochen steckt“, daß auch ihm 1969 studentenrevoltisch-wilde Aktionen „nicht nur psychisch, sondern sogar physisch arg zu schaffen machten“ und daß auch er selbst schließlich immer wieder gegen seine ohnmächtige Wut kämpfen und diese objektivierend „auf rational beherrschten Zorn reduzieren“ bzw. an der „Transformation psychologisch verständlicher Wut in rational beherrschten Zorn“ arbeiten mußte, um nicht zu resignieren.⁶⁴

Seine besondere Rolle und Funktion als „zorniger Alter“ sieht Abendroth im Kampf gegen die „Enthistorisierung des menschlichen Bewußtseins“ und speziell in der Erinnerung an die in Deutschland (zu) oft vergessenen und verdrängten Verbrechen des Nationalsozialismus als „Staat des totalen Verbrechens“ mit seiner „Zerstörung der Rechtsstaatlichkeit“ von 1933 bis 1945 und in der Erinnerung an den „antifaschistischen Widerstandskampf“;

⁶⁰ Ebd., S.461 f.

⁶¹ Ebd., S.457.

⁶² Jg. 7 (1966), H. 35, S. 11.

⁶³ Friedrich-Martin Balzer, „... Es wechseln die Zeiten ...“. Reden, Aufsätze, Vorträge, Briefe eines 68ers aus vier Jahrzehnten (1958-1988). Mit einem Geleitwort von Manfred Weißbecker, Bonn 1998, S. 46.

⁶⁴ Siehe Anm. 24.

insofern geht es auch dem „späten“ Wolfgang Abendroth immer um die Herausbildung, Entwicklung und Festigung eines nichtideologischen Gedächtnisses historischer Zeitzeugenschaft: «una memoria histórica, testimonial - non ideológica».⁶⁵

Die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland periodisiert Abendroth nun als doppelte Restauration: einmal die von ihm schon 1962 herausgearbeitete erste im Zusammenhang mit dem schon 1946 beginnenden ideologischen und Kalten Krieg; und zum anderen die „zweite Restaurationswelle“, die nach der „kurzen Reformperiode am Ende der sechziger und zu Beginn der siebziger Jahre“ einsetzt und deren erster Ausdruck „jener Ministerpräsidentenbeschluss war, der seit [dem 28.] Januar 1972 die gleichen Berufsverbote im öffentlichen Dienst reinstallierte, die 1950 in grober Verletzung des Grundgesetzes durch Adenauer eingeführt worden waren“, als „gleichsam symbolischer Wendepunkt zwischen beiden Entwicklungsperioden“.

Über diese deutschen Besonderheiten⁶⁶ erinnert Wolfgang Abendroth uns „Nachgeborene“ (Bertolt Brecht) aber auch an etwas Allgemeineres im Zusammenhang mit historischem Denken und drückt zugleich im Kampffeld politischer Linker gegen Unrecht, Gewalt und Unmenschlichkeit eine allgemeine Seite unserer *conditio humana* aus:

„Wir wissen (und unsere Generation hat es am bittersten am eigenen Leibe erfahren müssen), daß auch die Linke Perioden durchlaufen hat, in denen in ihren eigenen Reihen Inhumanitäten entstanden sind. Es gibt keinen gewaltsamen Kampf ohne Unrecht, und Unrecht erzeugt allzu oft auch späteres Unrecht. Kann man jedoch deshalb auf den gewaltsamen Kampf verzichten, darf man deshalb der totalen Inhumanität, die kein humanitäres Ziel kennt, das

⁶⁵ Jorge Semprún, *Autobiografía de Federico Sánchez*. Novela, Barcelona 1977, S. 241.

⁶⁶ Es war etwa zeitgleich, als der bedeutende „bürgerliche“ Soziologe René König im „Epilog“ (1980) ZU seiner Studie über emigrierte deutsche Soziologen in Europa (1959) als Folge von „Berufsverbot“ und „Gesinnungsschnüffelei“ in der alten Bundesrepublik Deutschland eine „neue Auswanderungswelle in verschiedene Richtungen“ erwartete und, in Erinnerung der historischen, auch an Schicksale marxistischer Gelehrter erinnerte: „Solange die Entwicklung der DDR ungewiß war, sind viele dazu veranlasst worden, dort ein akademisches Lehramt anzunehmen, um aber nach mehr oder weniger langer Zeit in den Westen überzuwechseln. Das beginnt im Grunde gleich nach 1945, wenn wir etwa Alfred Meusel in Ost-Berlin antreffen, der bis zu seinem Tode dort bleibt, dazu Ernst Bloch, der - wie auch Leo Kofler - später in die Bundesrepublik abwandert. Das gleiche gilt für Wolfgang Abendroth, der seine erste akademische Laufbahn seit seiner Habilitation in Halle (1947) in der DDR [recte: SBZ] durchlief (Ordinarius in Leipzig und Jena) und schließlich über Wilhelmshaven (1949) [recte: 1948] nach Marburg (1950) [recte: 1951].“

Feld überlassen? Jeder weiß um die Verbrechen Stalins und des Stalinismus; jeder weiß um das grauenhafte Unrecht, das auch in der neostalinistischen Phase in den meisten sozialistischen Staaten entstand. Aber war nicht beides eine (sicherlich in vielem verwerfliche) Antwort? Der Stalinismus war eine verspätete Antwort auf den Terror der ‚Weißen‘ im Bürgerkrieg; auf die Angst vor der wirtschaftlichen Isolierung der UdSSR und auf die Furcht vor dem Angriffskrieg der Imperialisten in der bevorstehenden Weltwirtschaftskrise, der Neostalinismus war die Antwort auf den Kalten Krieg, dessen Anfänge (man denke an die Vorbereitung des ‚Amtes Gehlen‘ schon 1945, an die Bizone 1946 und an die trizonale Währungsreform 1948) schon vor ihm liegen. Haben diese sozialistischen Länder allesamt, so sehr in ihnen Restfolgen dieser Entartungen noch wirksam sind und unüberwunden sein mögen, dadurch aufgehört, sozialistische Länder zu sein? Hat einst England seine Funktion als Vorhut fortschrittlichen bürgerlichen Denkens und des Parlamentarismus dadurch eingebüßt, daß seine erste große Revolution Phasen des Terrors und dann die Diktatur Cromwells durchlaufen mußte? Hat das Frankreich des Jahres 1789 durch den Terror erst der Jakobiner, dann des Thermidor, am Ende durch Napoleon den Charakter des Landes verloren, das die Menschenrechte der bürgerlichen Revolution (und das sogar zum Teil erst durch Napoleon) und damit den Fortschritt der Menschheit durch den europäischen Kontinent getragen hat? So sollen also die Fehler und die Mängel der Linken, die häufig genug im Einzelfall in konkrete Unmenschlichkeit umschlagen können, ihr sehr oft Anlaß zu Selbstkritik und Selbstkontrolle geben; ganz vermeiden kann man sie nicht. Aber sie geben gewiß keinen Grund zur Verzweiflung, keinen Anlaß zum Verzicht auf den Kampf und zur Resignation.

Denn der Hauptfeind bleibt in unserem Zeitalter immer der gleiche: jener Monopolkapitalismus, der erst die Schande des Kolonialismus und seiner zynischen Verbrechen, dann die Barbarei zweier Weltkriege und in der Verzweiflungssituation der großen Krise nach 1929 die auch in ihrer Zielsetzung totale Inhumanität des deutschen Faschismus geschaffen hat. Ihn müssen wir schlagen, bevor er in schlimmeren inneren Widersprüchen noch furchtbarere Katastrophen für die Menschheit bewirken kann.

Diese Einsicht haben wir ‚zornigen Alten‘ weiterzugeben, solange wir können. Um dieser Einsicht willen sollten wir - solange wir noch dazu imstande sind - weiterkämpfen, um den Jungen zu helfen, ihre eigene Lage zu begreifen.“⁶⁷

Mit dieser Einsicht hat auch der „späte“ Wolfgang Abendroth als Autor im

⁶⁷ Siehe Anm. 24, S. 163 f.

Grunde schon selbst das vorgegeben, was Hans Manfred Bock kürzlich einforderte: nämlich weder „das Werk Abendroths zu vergessen noch auf den Denkmalssockel zu stellen, sondern in der kritisch prüfenden Diskussion lebendig zu halten“.⁶⁸

Epilog

Es gab nach Wolfgang Abendroths Tod am 15. September 1985 den Wolfgang-Abendroth-Preis, gestiftet vom 1972 (neu)gegründeten Bund demokratischer Wissenschaftler(innen) (BdWi) zur Verwirklichung des „demokratischen und sozialen Rechtsstaats“ auch in Deutschland. Zum BdWi und seinem Wolfgang-Abendroth-Preis meinte Hans Manfred Bock 2001: „Diese Intellektuellen-Organisation ist eine der wenigen organisierten Kräfte, die sich bis heute um die Wahrung der Erinnerung an das Wirken Wolfgang Abendroths bemühen, indem sie einen ‚Wolfgang-Abendroth-Preis‘ ausschreibt. Der Preis wurde 1985 und 1993 für wissenschaftliche Arbeiten vergeben, die Themen der republikanischen Linken und der kreativen Weiterentwicklung Marxschen Denkens gewidmet sind.“⁶⁹

Aus unbekanntem Gründen scheint es diesen Preis seit 1993, also seit zwölf Jahren, nicht mehr zu geben.

⁶⁸ Hans Manfred Bock, Ein unangepaßter Marxist im Kalten Krieg (Anm. 13), S. 267.

⁶⁹ Ebd., S. 256 f.; vgl. Frank Deppe, Wolfgang Abendroth und Antonio Gramsci, in: *Forum Wissenschaft*, 1993, H. 2.

Anhang

Auch hättest du Mathematik studierend und Sternenkunde
Anstatt Politik und Wirtschaft, weniger
Betrug getroffen. Die Sternbahnen
werden nicht so verheimlicht als die Wege der Kartelle.
Der Mond klagt nicht auf Geschäftsschädigung
Brecht, Rosa-Luxemburg-Fragment Gespräch über den Alltagskampf

Rosa Luxemburg

60 Jahre nach der Ermordung der Revolutionärin am 15. Januar 1919⁷⁰

Von Wolfgang Abendroth

Am 13. Januar 1919 hat - nie darf es vergessen werden - Artur Zickler im „Vorwärts“, damals der wichtigsten Tageszeitung jener Mehrheitssozialdemokraten, die sich ihrer während des Krieges mit Hilfe der kaiserlichen Regierung und ihrer Behörden bemächtigt hatten, geschrieben: „Vielhundert Tote in einer Reih - Proletarier! Karl, Rosa, Radek und Kumpanei - es ist keiner dabei, es ist keiner dabei! Proletarier!“

Die Freikorps, von einem „Rat der Volksbeauftragten“ und ihrem militärischen Verantwortlichen Gustav Noske herbeigerufen, um die Berliner Arbeiter „zur Ordnung“ zu bringen, haben diesen Wink in der Weise verstanden, wie es zu erwarten war. Am 15. Januar 1919 wurden Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg ermordet. Das liegt nun sechs Jahrzehnte zurück.

Darf die deutsche und die internationale Arbeiterklasse, darf irgend einer, der für den Sozialismus oder - ohne auch die volle innere Verbindung zwischen sozialistischen Umgestaltung und diesen Zielen selbst zu erkennen und anzuerkennen - für Demokratie und Humanität eintritt, diesen Tag jemals aus dem Gedächtnis verlieren? Weshalb dieser besondere Haß all derer, die dem imperialistischen Krieg von 1914 und seinem Massenmord zugestimmt hatten, auf Liebknecht, Luxemburg und ihre Genossen?

Das war bei Karl Liebknecht leicht zu verstehen. Schon vor 1914 war er der Vorkämpfer des antimilitaristischen Denkens in der deutschen Sozialdemokratie gewesen, und er hatte schon am 2. Dezember 1914 jene (gegen die ur-

⁷⁰ Erstveröffentlichung in: *Deutsche Volkszeitung*, Nr. 2 vom 11. Januar 1979, S. 13. Vgl. auch Klaus Gietinger, *Eine Leiche im Landwehrkanal. Die Ermordung der Rosa L.*, Berlin 1995.

sprünglichen Ziele dieser Partei gerichtete) „Parteidisziplin“ durchbrochen, die die Reichstagsabgeordneten dazu verpflichtet sollte, seiner Majestät dem Kaiser und dem deutschen Monopolkapital die Kredite für den Weltkrieg zu gewähren.

Nicht anders war es bei Karl Radek. Nachdem die militärische Niederlage längst feststand, hatte die angeblich „demokratisierende“ „Übergangsregierung“ des Prinzen Max von Baden samt ihren mehrheitssozialdemokratischen Staatssekretären schleunigst die diplomatischen Beziehungen zu Sowjetrußland abgebrochen, um den deutschen Arbeitern und Soldaten das Bewußtsein von dem, was drüben geschehen war, besser austreiben zu können. Aber das deutsche Volk hatte gleichwohl das Kaiserreich zerschlagen, und Karl Radek hielt sich gleichsam als Emissär der Bolschewiki in Deutschland auf. Also sollte er ebenso aus dem Weg geräumt werden, im Interesse aller, die verhüten wollten, daß aus der deutschen Version des Februars 1917 im fernen Rußland eine deutsche Version des Oktobers 1917 werde.

Aber warum die konzentrierte Hetze auch gegen Rosa Luxemburg?

Rosa Luxemburg war im damals russischen Teil Polens, in Warschau, schon als 16jährige Schülerin in den Kreis von Vorformen der späteren „Sozialdemokratie Polens und Litauens“ - also nicht der nationalistisch-polnischen Sozialdemokratie (PPS) und auch nicht des nur jiddischen „Bund“ (obwohl sie ihrer Herkunft nach Jüdin war) - gekommen und hatte dadurch marxistisches Denken kennengelernt. Nach der Hochschulreife mußte sie 1889 vor der zaristischen politischen Polizei in die Schweiz ausweichen, um dort - das wäre für eine Frau übrigens damals in ihrem Fach, der Nationalökonomie, im Deutschen Reich noch gar nicht möglich gewesen - zu promovieren. Als 22jährige hat sie auf dem Züricher Kongreß der Zweiten Internationale, bei dem sie noch Friedrich Engels kennenlernen konnte, über die sozialdemokratische Bewegung Russisch-Polens berichtet, in der sie noch lange Jahre als Emigrantin mitwirkte, in enger Freundschaft mit Leo Jogiches, der 1919, wenige Wochen nach ihr, von der deutschen Gegenrevolution ermordet worden ist.

Wenige Jahre vor dem Ende des Jahrhunderts kam Rosa Luxemburg nach Deutschland, um in der damals wichtigsten Partei der Internationale tätig zu werden, und erwarb durch zweckbestimmte Ehe die Staatszugehörigkeit. Ihre polnischen Spracherfahrungen machten es ihr möglich, einen großen Teil der katholisch-polnischen Industriearbeiter des preußischen Oberschlesien der Zentrumspartei abzujagen und für die Sozialdemokratie zu gewinnen.

Vor allem aber beteiligte sie sich sofort an der Auseinandersetzung mit dem

Revisionismus Eduard Bernsteins, der zu dieser Zeit seinen Angriff auf das Erfurter Programm begonnen hatte. Das Hauptproblem, um das es ging, war die Notwendigkeit der Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse. Luxemburgs Aufsätze in der „Neuen Zeit“ und in den führenden sozialdemokratischen Tageszeitungen, in der „Leipziger Volkszeitung“ und im „Vorwärts“, gehören zum besten, was vom marxistischen Standpunkt aus dazu in diesen Jahren geschrieben worden ist.

Bald zählte Rosa Luxemburg zu den glänzendsten und bei den Massen beliebtesten Rednern der Partei. Ihre Broschüre „Sozialreform oder Revolution?“ hat ganzen Generationen von Funktionären der Arbeiterbewegung gleichsam als Lehrbuch dienen können, weil deren wichtigste Thesen in den nun achtzig Jahren, seit ihre erste Auflage erschien, immer wieder durch den Verlauf der Geschichte selbst bestätigt worden sind.

Auch die nächste große Debatte, die in der deutschen Sozialdemokratie, durch die russische Revolution von 1905 gefördert, entstand, die Massenstreikauseinandersetzung, die in ihren Konsequenzen den Bruch zwischen dem sogenannten marxistischen Zentrum um den Parteivorstand und Karl Kautsky auf der einen, der marxistischen Linken auf der anderen Seite eingeleitet hat, fand in Rosa Luxemburgs theoretischen Analysen (die durch ihre eigenen kurzen Erfahrungen während ihrer vorübergehenden Rückkehr nach Russisch-Polen zur Zeit der Revolutionskämpfe vertieft worden waren) ihren auch noch für uns heute in vielem aktuellen Ausdruck: Ihr Buch „Massenstreik, Partei und Gewerkschaften“ erschien 1906 in erster Auflage. Es ging darum, die nicht notwendig nur defensive Anwendung der Waffe des Massenstreiks im Kampf für die Demokratie zu erörtern.

Aus der Arbeit an der Parteischule zwischen 1907 und 1914 ist die „Einführung in die Nationalökonomie“ entstanden; die Reste der Manuskripte, die Rosa Luxemburg aus den Erfahrungen ihrer Lehrtätigkeit heraus entwickelt hatte, konnten erst 1925 zum ersten Mal veröffentlicht werden, sechs Jahre nach ihrer Ermordung. Sie gehören bis zur Gegenwart zu den interessantesten sozial- und wirtschaftsgeschichtlichen marxistischen Büchern.

Die marxistische Linke in der Zweiten Internationale war in vielem keineswegs völlig einig. Oft genug waren die Sonderpositionen in ihr durch das Land (und dessen konkrete Bedingungen) bestimmt, in dem diese Linke jeweils vorwiegend zu kämpfen hatte. Das galt insbesondere für die Differenzen zwischen den organisatorischen Vorstellungen der Bolschewiki im zaristischen Rußland und denen der Mehrheit, der angeblich nur „spontaneistischen“ Linken im Deutschen Reich, besonders auch für Unterschiede der Positionen

Lenins und Luxemburgs in diesen Jahren. Eines jedoch kann man auch in dieser Zeit (wie in den kommenden Jahren) Rosa Luxemburg gewiß nicht vorwerfen:

Sie hat die Rolle der Partei und der organisierten marxistischen Kader niemals gleich null gesetzt oder übersehen (wie seitdem sowohl „Ultralinke“ jeder Couleur wie Reformisten Luxemburg interpretieren, die eine sozialdemokratische und marxistische Revolutionärin, die seit zwei Menschenaltern tot ist, für sich okkupieren wollen).

Sie hat die organisatorischen Probleme gewiß in einer Weise betrachtet, die zu stark die besonderen praktischen und sozialen Bedingungen gleichsam absolut setzte, denen in diesen Jahrzehnten ihr Kampf gegen die bürokratische, ultralegalistische Entfremdung zuerst in der deutschen Gewerkschaftsbewegung und dann auch in der Sozialdemokratischen Partei ausgesetzt war. Man kann diese Widersprüche - besondere Widersprüche der Periode vor 1914 - in vielen Aufsätzen systematisch verfolgen, die sie in den beiden Jahrzehnten vor dem ersten Weltkrieg geschrieben hat. Nur: Mit dem Utopismus unserer heutigen (und der damaligen anarchosyndikalistischen) „Spontaneisten“ jeder Färbung, der immer wieder erst zum Ultra-Reformismus, dann zur Gegenrevolution umschlägt, hatte das gar nichts zu tun.

Dies gilt auch für die durchaus divergente Weise, in der sich im ersten Jahrzehnt des Jahrhunderts die Marxisten mit den neuen Formen auseinandersetzten; in denen sich der Weltkapitalismus im Zeitalter des Monopolismus nach der Periode weiterbildete, in der Karl Marx und Friedrich Engels gelebt haben (von denen übrigens diese Entwicklung der Tendenz nach vorausgesagt worden ist). Rudolf Hilferding versuchte im „Finanzkapital“, Rosa Luxemburg in der „Akkumulation des Kapitals“ (und dann in ihrer „Antikritik“) dieser Fragen Herr zu werden. Es war Lenin, der diesen Fragenkreis auf einen Nenner gebracht hat, und gewiß hat erst er, der sowohl Luxemburgs als auch Hilferdings Arbeiten kannte, die wichtigsten Schlüssel zu seiner wissenschaftlichen (und politischen) Bewältigung geliefert. Und doch bleibt die geistige Auseinandersetzung mit den Arbeiten der beiden anderen großen Marxisten dieser Periode auch heute noch ein gewichtiges Mittel, jungen Wissenschaftlern die ganze Weite marxistischen Denkens zu vermitteln.

Trotz aller Skepsis, die sie in ihren Kämpfen in der deutschen Sozialdemokratie gelernt hatte, trafen Rosa Luxemburg (wie übrigens auch Lenin) die Kapitulation der SPD (und dann der meisten anderen Parteien der Zweiten Internationale) vor dem imperialistischen Massenmord und die spontane „Wendung“ der Massen in den ersten Augusttagen 1914 zugunsten ihres jeweiligen

(angeblichen) Patriotismus wie ein Keulenschlag. Sie hatten die Warnungen von Friedrich Engels vor seinem Tode vor einem derartigen Rückschlag in den eigenen Reihen im Falle des Krieges gekannt - die Realität überstieg ihre Vorstellungen.

Doch beide haben den Kampf dagegen mit dem Ziel, den imperialistischen Krieg in die sozialistische Revolution umzuwandeln, sofort aufgenommen; Rosa Luxemburg sammelte in Berlin gemeinsam mit Franz Mehring den Kreis, der dann zunächst zur Gruppe „Internationale“, später zur Gruppierung um die „Spartakusbriefe“, zuletzt zum Spartakusbund wurde, bald mit Karl Liebknecht zusammen um sich. Sie schrieb 1915 in der Haft die „Junius-Broschüre“ (veröffentlicht Anfang 1916) über „Die Krise der Sozialdemokratie“, die damals zu einem der wichtigsten Kampfmittel gegen die Kapitulation vor dem Imperialismus wurde und bis zum heutigen Tage zum Schulungsmaterial eines jeden Antimperialisten gehören sollte, auch wenn manche Wendung in ihr - z. B. die demokratisch-großdeutsche Argumentation gegen die imperialistischen Kriegsziele des Reiches - sicherlich an der Realität vorbeiging. Auch aus der Haft konnte sie besser als Liebknecht aus dem Zuchthaus ihre Arbeiten „nach draußen“ an die Genossen gelangen lassen.

Nicht in allen Fragen konnte diese Kommunikation so intensiv funktionieren, daß sie durch völlig umfassende und zuverlässige Information vor jedem Beurteilungsfehler bewahrt wurde. Das trat in gewissen Teilen der damals entstandenen Manuskripte zum Weitergang der russischen Revolution und vor allem auch zum Problem der Unvermeidlichkeit des Brester Friedensvertrages vom 2. März 1918, aber auch gelegentlich in (natürlich illegalen) Aufsätzen in den „Spartakusbriefen“ hervor. Diese Manuskripte hat Paul Levi 1922 herausgegeben, um das Denken der glühenden Revolutionärin in Gegensatz zum Weiterverlauf der Oktoberrevolution stellen zu können, obwohl sie deren Grundsätze voll bejahte. Die Ausnutzung dieser Widersprüche wird heute immer noch versucht.

Als Rosa Luxemburg durch die Novemberrevolution aus der Haft befreit wurde, wurde sie mit Karl Liebknecht (und Leo Jogiches als Organisator) zum moralischen Zentrum des Spartakusbundes, seines Zusammenschlusses mit der Bremer Linken und der Gründung der Kommunistischen Partei (Spartakusbund). Ihr Aufsatz „Was will der Spartakusbund?“ in der „Roten Fahne“ vom 14. Dezember 1918, der zeigt, daß sie den Gang, den Staat und die Lehren der Oktoberrevolution nun - in der Freiheit - durchaus verstanden und akzeptiert hatte, wurde zu ihrer letzten großen theoretischen Leistung. Dieser Aufsatz ist dann zum Programm der an der Jahreswende gegründeten jungen

Partei geworden.

Auf diesem Gründungsparteitag sind alle drei, Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht und Karl Radek, bekanntlich zunächst in zwei taktisch und strategisch wichtigen Problemen von den ungeduldigen jungen Linken überstimmt worden: Alle drei waren der Meinung, daß die Kommunisten sowohl an den Wahlen zur Nationalversammlung wie an der gewerkschaftlichen Arbeit teilnehmen müßten. Um so wichtiger war es für die Reaktion, gerade sie, die die junge revolutionäre marxistische Partei dank ihres starken moralischen Gewichts bald wieder zu einer rationalen Strategie führen konnten, aus dem Wege zu räumen.

Persönlichkeiten haben ihren Rang in der Geschichte, einen größeren, als manche Dogmatiker annehmen. Sie haben ihn gerade dann, wenn sie wissen, daß sie nicht beliebig „Geschichte machen“ können. Deshalb war der 15. Januar 1919 ein wichtiger Sieg der Gegenrevolution, der die Niederlage der Berliner Januarkämpfe erst zur Marneschlacht der deutschen Revolution steigern konnte.

Das Ausscheiden Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts, die auch ihre theoretischen Arbeiten nicht vollenden konnten, hat in der sozialistischen Diskussion Nachwirkungen noch heute. Noch immer wird Tag für Tag versucht, die (natürlich gelegentlich scharfen) Auseinandersetzungen zwischen Luxemburg und Lenin zur Organisationsfrage oder zur Nationalitätenpolitik und Luxemburgs Kritik an manchen Thesen der Oktoberrevolution zum antagonistischen Gegensatz, zur Alternative zwischen Humanität und Inhumanität hochzusteigern und ihres wirklichen Sinns zu entkleiden. In dem, worauf es wirklich ankommt, waren sie einig, und in den wenigen Wochen nach Rosa Luxemburgs Haftentlassung bis zu ihrer Ermordung einig: Rosa Luxemburg hat einen Monat vor ihrem Tode - im Spartakusprogramm - formuliert:

„An Stelle der Arbeitgeber und ihrer Lohnsklaven freie Arbeitsgenossen! Die Arbeit niemandes Qual, weil jedermanns Pflicht! Ein menschenwürdiges Dasein jedem, der seine Pflicht gegenüber der Gesellschaft erfüllt! Erst in einer solchen Gesellschaft sind Völkerhaß, Knechtschaft entwurzelt. Erst wenn eine solche Gesellschaft verwirklicht ist, wird die Erde nicht mehr durch Menschenmord geschändet. Erst dann wird es heißen: Dieser Krieg ist der letzte gewesen. Sozialismus ist in dieser Stunde der einzige Rettungsanker der Menschheit. Über den zusammensinkenden Mauern der kapitalistischen Gesellschaft lodern wie ein feuriges Menetekel die Worte des Kommunistischen Manifests: Sozialismus oder Untergang in der Barbarei!“

Wer Rosa Luxemburg (und mit ihr die Geschichte ihrer Periode) studieren will, sollte zur Gesamtausgabe aller ihrer Schriften und Arbeiten greifen, die der Dietz-Verlag der DDR von 1972 bis 1975 in fünf Bänden herausbrachte. Er wird um so besser erkennen können, in welchem Maße heute in der Bundesrepublik allzu häufig ihr Andenken verzerrt wird. Er wird gleichzeitig verstehen lernen, wie sehr es notwendig ist, sich des sechzigsten Gedenktages ihrer Ermordung zu erinnern.

in: IWK, Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, 40. Jg., Dezember 2004, Heft 4, S. 465-487